THEMA 3: Transformationsprozesse

Materialien

Transnationaler Wandel

Europa und der Markt - Kapitalismus und Ethik

von: *Ute Ackermann-Boeros*

Tt 303/1 Arbeitsaufträge

Die folgenden Arbeitsaufträge oder Fragen können dabei helfen, die Quellen (Tt 303/2) zu bearbeiten:

1. Lesen Sie die Hintergrundinformationen über Markt, Kapitalismus, Globalisierung und Geschichte des Kapitalismus. Diskutieren Sie die folgenden Fragen in Vierergruppen:

   a) Welche Rolle haben der Einzelne, die Unternehmen und der Staat innerhalb einer Laissez-faire-Wirtschaft?
   b) Wie viel Freiheit hat der Einzelne in einer Laissez-faire-Wirtschaft?

2. Lesen Sie Quelle 8. Welche Rolle hat der Arbeiter in den Augen von Karl Marx?

   a) Wie kann man diese Rolle mit einem Laissez-faire-Staat vereinbaren?

3. Marx beschrieb die Situation im 19. Jahrhundert. Quellen 3 und 5 beschreiben jüngste Ereignisse.

   a) Vergleichen Sie die Informationen der verschiedenen Quellen und notieren Sie die Ergebnisse.
   b) Was sagt Ihnen die Quelle 4 in diesem Zusammenhang?
   c) Haben die französischen Demonstranten Ihrer Meinung nach vernünftige Argumente? Wie würden Sie auf deren Kritik antworten? Benutzen Sie diese Frage für eine Diskussion in der Klasse.

4. Bearbeiten Sie Quelle 6 in Zweiergruppen. Aus welchen Gründen könnte Peugeot den Standort in England schließen?

   a) Gibt es irgendwelche rechtliche Regeln, die es einer Firma verbieten, ihre Produktionsstandorte zu verlagern?
   b) Benutzen Sie Quellen 7 und 8 und die Information zur Globalisierung. Welche Argumente könnte die Leitung eines multinationalen Unternehmens vorbringen, um eine Standortverlagerung zu rechtfertigen?
   c) Nach Quelle 1, ist Globalisierung für ärmere Länder von Vorteil, sie schaffe dort Arbeitsplätze, wird argumentiert. Gleichzeitig werden Arbeitsstellen in jenen Ländern vernichtet, in denen Produktionsstätten geschlossen werden. Bedenken Sie die folgende Aussage: „Es ist notwendig, dass sich mehr multinationale Firmen in Entwicklungsländern ansiedeln. Dies ist ein effizienter Weg, um Arbeitslosigkeit und Armut zu mindern.“

   Tragen Sie Ihre Meinung der übrigen Klasse vor.

5. Glauben Sie, die EU sollte Handelsbarrieren für Güter aus Ländern außerhalb der EU errichten?
   Diese Frage bezieht sich vor allem auf Agrarprodukte. Für den Abbau von Handelsbeschränkungen spricht, dass es den Entwicklungsländern eine faire Chance bietet, ihre Produkte zu verkaufen.

Agrarprodukte, die innerhalb der EU mit höheren Kosten hergestellt werden, müssten auf einem offenen Markt mit billigeren Produkten konkurrieren.

a) Was wären die Vor- und Nachteile für Produzenten und Konsumenten sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU?
b) Sollte die EU intervenieren und EU Produkte subventionieren? Wo würde das Geld dafür herkommen?

6. Lesen Sie die Informationen zum Wohlfahrtsstaat und Quelle 2.

a) Der Autor von Quelle 2 spricht sich gegen die Vorstellung aus, dass Steuern dazu verwendet werden, die Sozialversicherung zu finanzieren. Welch ein System wird in Ihrem Land angewandt?
b) Welche Argumente sind Ihrer Meinung nach überzeugender – jene für oder jene gegen den Wohlfahrtsstaat?

7. Quellen 6 und 7 befassen sich mit der ethischen Verantwortung von Unternehmen. Greifen Sie auch auf Ihre Notizen von Frage 5 zurück. Welche Argumente sind zutreffender?

a) Finden Sie Argumente, die die folgende Aussage unterstützen und widerlegen: „Unternehmen haben eine ethische Verantwortung der Gesellschaft gegenüber."

8. Glauben Sie, dass Globalisierung und der Freie Markt für die Krise des Wohlfahrtsstaates verantwortlich sind?

9. Bereiten Sie in Zweiergruppen eine Präsentation vor, die sich mit einer der folgenden Fragen beschäftigt:

a) Ist der Markt ein Wert an sich?
b) Gibt es Grenzen für die Kräfte des Marktes?
c) Ist Globalisierung das Gleiche wie ungehemmter Kapitalismus (Manchester Kapitalismus)?
d) Ist es richtig, wenn Gewinne privatisiert werden und dadurch entstehende soziale Kosten auf den nationalen Staat, d.h. auf die Gemeinschaft der Bürger, abgewälzt werden?

Ihre Präsentation sollte Folgendes beinhalten:

a) Statistische Quellen
b) Bilder, Fotos, Karikaturen und andere Bildquellen
c) Schriftliche Quellen

IKT in Form von Internet Recherchen oder PowerPoint-Präsentationen sollten angewandt werden.

Tt 303/2 QUELLEN

QUELLE 1

Reflexionen aus Europa

„Globalisierung“ und ihre Kritiker: Gegenseitiger Nutzen versus Utopia

Anthony de Jasaz

1. November 2004

Es ist eine alte Weisheit, dass Mangel an Verständnis und schiere Dummheit in der Welt mehr Schaden und Leiden verursachen als Niederträchtigkeit und Eigennutz. Dies ist dann besonders der Fall, wenn die Politik einen großen Einfluss auf das Leben Einzelner ausübt, wenn ein großer Anteil des nationalen Einkommens von der Regierung ausgegeben wird und wenn einige wenige, wichtige kollektive Entscheidungen den Unterschied zwischen Wohlstand und extremer Armut ausmachen. In solchen Situationen haben die Langsamen und Dummen ein immenses Potential, Dinge zu ruinieren, während sie die Absicht haben, Verbesserungen einzuführen. Was die Situation noch verschlimmert, ist, dass sie auf eine Weise kommunizieren, die einen stärkeren und unmittelbareren Einfluss auf die öffentliche Meinung hat als der klare Menschenverstand.

Die Mehrheit der Kritik an der „Globalisierung“ – vielleicht sogar der bloße Gebrauch dieses unscharfen Begriffs – kann am besten verstanden werden, wenn man sich dieser Faktoren bewusst ist. Dies ist ebenso wahr für die feindliche Art vieler verwirrter Anti-Globalisierungsmaßnahmen. Sowohl die Kritik als auch die Maßnahmen gleichen einem Protest gegen die Invasion der Realität in ein Märchenland, in dem jeder das „Recht“ hatte, nicht verletzt zu werden.

Der „Globalisierung“ wird die Schuld für viele Dinge gegeben, von denen zwei besonders bemerkenswert sind. Das naivere Argument ist die Verschwörungstheorie. Der Kapitalismus tritt in der Form von multinationalen Unternehmen, insbesondere die großen Ölfirmen, und von Herstellern einiger berühmter Markenprodukte auf, die unentwegt damit beschäftigt sind - wegen des Profits - menschliche Werte zu opfern. Sie verlagern die Produktion dorthin, wo die Löhne erbärmlich sind. Sie zwingen schwache Regierungen dazu, ihre zerstörerischen Praktiken gutzuheißen, Steuerhinterziehungen nicht zu ahnden, in Währungen und Waren spekulieren zu können um somit die nationale Volkswirtschaft in den Ruin zu treiben. Kurz, diese Unternehmen bauen einen weltweiten Kapitalismus auf. (Es ist eine interessante Tatsache, dass, wenn die Multinationalen all dies täten, die Mehrheit der Empfänger dieser Vorteile gegenwärtige und zukünftige Pensionäre wären, d.h. ein Teil der normalen Bevölkerung, die den Großteil der Anteile an diesen finsteren Firmen besitzt. ExxonMobil und CocaCola zahlen keine Dividenden an sich selbst. Die Dividenden gehen vor allem an „normale Leute“.)

Der andere vermutete Schuldige für die Globalisierung ist der Aufstieg des wirtschaftlichen Liberalismus (freier Markt), im Besonderen die schrittweise Liberalisierung von Handel und Finanzen, die in den 1950ern begann, und die in verlangsamtem Tempo weiterhin abläuft. Je liberalisierter der Handel ist, desto schwächer ist der Einfluss des Staates auf die eigene Volkswirtschaft. „Globalisierung“ vernichtet die nationale Identität, verwischt unterschiedliche nationale Kulturen unter einer amerikanischen Dominanz. Zudem unterminiert sie die Vorherrschaft der Politik über die Wirtschaft, eine Vorherrschaft, die innerhalb der demokratischen Ideologie heilig ist. Globalisierungsgegner wollen diese Nebenprodukte des freien Handels bekämpfen, indem sie sich einem gemütlichen Protektionismus zuwenden. Gleichzeitig jedoch nehmen sie implizit an, dass man beides haben kann und sich der Wohlstand, der durch die Liberalisierung des Handels und der Finanzen erworben wird, erhalten lässt.

Die Kennedy und Uruguay Runden, EFTA, NAFTA, GATT und die WTO haben den Handel zweifelsohne liberalisiert und globalisiert. Sie haben den Freihandel jedoch nicht erfunden. Stattdessen haben sie einige

wenige oder niedrigere Barrieren wiederhergestellt, die es mehr als einmal in der Geschichte gab, das letzte Mal im letzten Drittel des 19. Jhs. Tatsächlich haben sich Freihandel und Protektionismus abgewechselt in einem komplizierten geographischen und zeitlichen Muster, bei dem es schwierig ist, festzustellen, welches von beiden öfter die Vorherrschaft hatte.

Unterschwellig hat es jedoch, soweit wir zurückschauen können, einen Trend zur Verbesserung des Transports gegeben. Ob es den Seetransport, die Binnenlandschifffahrt, den Straßen- und Bahnverkehr oder in jüngerer Zeit den Flugverkehr betrifft, die Technologie hat sich über grundlegende Erfindungen weiterentwickelt über das Rad, das Segel, das Ruder, die Spiralfeder, den Motor, der Energie in Bewegung umsetzt.

Ein Resultat des verbesserten Transports war natürlich, dass die Kosten für den Güter- und Personentransport zunehmend billiger wurden hinsichtlich der Zeit als auch anderer Ressourcen. Der Umfang der Arbeitsteilung und gegenseitiger gewinnbringender Austausch nahm ständig zu. Dies wird besonders offenkundig bei den Transportkosten im Vergleich zu dem Wert der transportierten Güter. Ein Effekt, der über Jahrhunderte hinweg jegliche Auswirkungen überwog, die durch das Anheben oder Senken der Handelsbarrieren möglicherweise verursacht wurden.

Geschichtlich betrachtet, ist es noch nicht so lange her, dass im 16. und 17. Jh. der Fernhandel im Prinzip auf Güter beschränkt war mit einem hohen Wert im Verhältnis zum Gewicht, wie z.B. Gewürze, Tee, Seide, Färbemittel und Edelmetalle. Heutzutage werden sogar Zement und Abfallmetall (Schrott) über Tausende von Kilometern transportiert. Zurzeit Goschens wurde ein halbes Prozent Diskontsatz als enorm gewinnbringend angesehen, heutzutage hat die zweite Stelle hinter dem Komma denselben Effekt.

Die lang anhaltende Abnahme der Transport- und Kommunikationskosten und somit die Abnahme der Wichtigkeit des Standortes hat in unserer Zeit einen Punkt erreicht, an dem Wettbewerb nie weit entfernt ist. Wirtschaft und Arbeit kommen nicht länger davon mit komfortablen Praktiken. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Arbeiter ein Besitzrecht auf ihre Stelle, Gehälter konnten nur zunehmen und die Arbeitszeit konnte nur abnehmen. Jeder hatte ein „Recht“, sich seinen Lebensunterhalt durch seinen gewählten Beruf zu verdienen, und falls das nicht möglich war, gehaltsbezogenes Arbeitslosengeld auf fast unbegrenzte Zeit zu erhalten. Wenn Winzer oder Schuhfabrikanten Verluste machten, konnten sie in fast allen Fällen mit staatlicher Hilfe rechnen, um weiter zu produzieren. Struktureller Wechsel in der Wirtschaft, der viele dazu gezwungen hätte, sich anzupassen und während des Übergangs Verluste zu machen, wurde durch den politischen Willen, niemanden zu verletzen, aufgehalten.

Das war Utopia, und es zeigt sich auf abrupte Weise, dass dies nicht von Dauer ist. Reformen des Wohlfahrtsstaates liegen in der Luft, Arbeitsstunden werden wieder erhöht. Anstelle der Gewerkschaften, wie es über Jahrzehnte hinweg geschah, erpressen jetzt die Arbeitgeber ihre Arbeiter mit der Ankündigung, bestimmte Aktivitäten auszugliedern, Standorte ganz zu verlagern oder Stellen zu streichen. Natürlich ruft das auf der Seite der Politik heftiges Gestikulieren hervor mit dem Ziel, diese Entwicklungen aufzuhalten, aber was politisch wünschenswert ist, ist noch lange nicht machbar. Die Realität rächt sich. Und die Realität ist nicht immer zart, wenn sie überraschend zuschlägt.

Wenn Globalisierung die Tür zur Realität öffnet, und die Realität brutal ist, wozu soll Globalisierung gut sein? Wenn man diesen Prozess aufhalten oder umkehren könnte, solle man es tun?

Man kann diesen Prozess nicht umkehren, da man Entwicklungen in der Transport- und Kommunikationstechnologie nicht rückgängig machen kann. Dieses Argument wird jedoch Wunschdenken nicht aufhalten.

In der öffentlichen Debatte mit Globalisierungsgegnern fragte Frits Bolkestein - ohne Zweifel ein Mann mit den klarsten Vorstellungen innerhalb dieser zu Ende gehenden EU Kommission - mit unschuldiger Miene: „Warum wollen Sie, dass die armen Länder arm bleiben?“

Eine erstklassige Leistung wirtschaftlichen Denkens ist das Faktor-Preis-Gleichstellungs-Theorem von Paul Samuelson. Es besagt, wenn der Handel mit Gütern frei ist und die Transportkosten null, dann werden die

Kosten für die Produktion handelsfähiger Güter am Ende überall gleich sein. Realistischere Einschätzungen von Ohlin und Heckscher gehen dahin, dass die Faktorpreise sich zumindest angleichen. Die Bedeutung dieses Theorems liegt darin, dass die Menschen nicht von einem Land zum anderen auswandern müssen, um ein höheres Einkommen zu erzielen. Freier Handel wird diese Aufgabe übernehmen, auch wenn sie nicht auswandern. Der Kernpunkt der Globalisierung ist demnach, dass beide, die reichen und die armen Länder gewinnen, aber die Armen gewinnen mehr und schneller. Anhänger von Gleichheit und weltweiter „sozialer Gerechtigkeit“ sollten dies begrüßen und nicht den Transfer unqualifizierter Stellen von den reichen zu den armen Ländern missgünstig kommentieren.

Sie behaupten, dass in der Realität das Gegenteil geschieht und dass soziale Gerechtigkeit ignoriert wird. Die Wohlhabenden bekommen mehr als die Armen; die Armen sind immer die Verlierer. Statistiken können alles Mögliche beweisen: So z.B., dass die Mehrzahl der Entwicklungsländer aufgrund der Liberalisierung des Handels im Vergleich zu anderen Ländern mehr an Boden verloren habe. Die ILO hat in ihrem letzten Bericht Globalisierung zum Teil dafür verantwortlich gemacht.

Die Mehrzahl der Entwicklungsländer, deren wirtschaftliches Wachstum langsamer ist als der globale Durchschnitt, befindet sich hauptsächlich in Afrika, und es sind mittelgroße oder kleine Staaten. Diese Länder leiden auf grausame Weise unter unfähigen Regierungen, die sich schamlos bereichern. Zwei Länder, deren Wachstum schneller ist als der globale Durchschnitt, sind China und Indien. Mit zusammengenommen beinahe 2,5 Milliarden Einwohnern machen sie fast ein Drittel der Weltbevölkerung aus. Ihre jüngste Wachstumsrate lag doppelt oder dreimal so hoch wie die der Ersten Welt. Wenn Globalisierung einen Anteil daran hatte, dann ist dies der beste Beweis.

QUELLE 2

Die Zerstörung der „sozialen Sicherheit“

Von Matt Lawton (16. July 2005)

aus Webseite: http://www.CapMag.com/article.asp?ID=4298

Politiker, Akademiker und Bürger beschweren sich lauthals, dass Bushs Pläne, die Sozialversicherung zu privatisieren, das Ende des Programms bedeuten würde. Nehmen wir einmal an, sie hätten Recht. Na und?

Ist es diesen Leuten, die sich über den Niedergang des sozialen Systems beschweren, je in den Sinn gekommen, dass sie überhaupt kein Anrecht darauf haben? Mehr noch, ist es ihnen je in den Sinn gekommen, dass überhaupt keine Notwendigkeit besteht?

In den USA kann man Rente frühestens im Alter von 62 Jahren beziehen. Diese Zahlungen gehen an Erwachsene, nicht an Kinder. Wenn jemand bis zum 62. Lebensjahr nicht in der Lage war, Geld für die Altersvorsorge zu sparen, dann kann man kaum die Regierung dafür verantwortlich machen.

In großen Teilen der USA kann man mit 16 Jahren ins Arbeitsleben eintreten. Nehmen wir einmal an, jemand arbeitet von seinem 16. bis zu seinem 62. Lebensjahr ohne Unterbrechung.

Dies macht 46 Jahre, in denen man Geld fürs Alter sparen kann.

Nehmen wir andererseits an, jemand geht aufs College und tritt erst mit 22 Jahren ins Arbeitsleben ein. Das macht immer noch 40 Jahre, um fürs Alter zu sparen. Mit einem Collegeabschluss wird er auch einen höheren Wert auf dem Arbeitsmarkt haben.

Man darf nicht vergessen, dass 62 Jahre das frühestmögliche Alter ist, in dem man Bezüge bekommt. 2.451.000 Amerikaner zwischen 65 und 75 Jahren arbeiten noch Vollzeit. Dies macht fast ein Drittel der Bevölkerung dieser Altersgruppe aus. D.h., in vielen Fällen handelt es sich um Menschen, die mehr Arbeitserfahrung haben und mehr Zeit, Geld zu sparen.

Die Menschen sparen auf Großflächenbildschirme, Autos und Häuser. Sollen wir allen Ernstes annehmen, dass sie nicht in der Lage sind, Geld für etwas zu sparen, das so ungeheuer wichtig für sie ist – ihre Altersvorsorge. Dies ist es jedoch, wovon die staatliche Altersvorsorge ausgeht.

Sie zieht (mit staatlicher Vollmacht versehen) Geld von dem Gehalt amerikanischer Bürger ab. Dieses Geld fließt in einen großen Pool, aus dem sie nur einen kleinen Anteil erhalten in einem Alter, das die amerikanische Regierung für angemessen hält, um ihnen Renten zu zahlen.

Vergleicht man dies mit einer Situation ohne staatliche Altersvorsorge, sparen hier die Bürger Geld, das ihnen unter anderen Umständen gestohlen würde. Sie können einen bestimmten Prozentsatz, je nachdem, was nach ihrer Meinung für die Altersvorsorge notwendig ist, auf einem Bankkonto zur Seite legen. Oder sie könnten das Geld investieren, in der Hoffnung, einen Gewinn zu erzielen. Oder sie könnten das Geld in private Investmentfonds anlegen, die in der Regel sicher sind und gute Renditen versprechen. Sie könnten mit ihrem Geld tun und lassen, was sie wollen. Es ist ja schließlich ihr Geld.

Außerdem hätten sie die Kontrolle darüber, wann sie in Pension gehen. Anstatt gesagt zu bekommen - ohne dass sie ihre Zustimmung gegeben haben – dass sie in einem bestimmten Alter in Pension gehen sollen, kann der Einzelne selber entscheiden, wann der richtige Zeitpunkt gekommen ist. Das kann von der Menge des Ersparten abhängen, dem gewünschten Lebensstandard und von vielen anderen Faktoren, die den Staat nichts angehen.

Bei der Abschaffung der staatlichen Altersvorsorge geht es um mehr als nur um zunehmenden persönlichen Gewinn. Es geht um Freiheit. Im Jahr 2004 wurden 493.263.000.000 US Dollar an staatlicher Altersversorgung ausgezahlt. Dieses Geld muss von irgendwo herkommen.
Und wo kommt Regierungsgeld normalerweise her? Richtig, von Steuern!

Es ist gestohlenes Geld – und zwar von unseren Gehältern. Das Ende der staatlichen Rente bedeutet auch das Ende eines gönnerhaften Diebstahls, der unsere Freiheit behindert.

Es gibt wahrhaftig nichts Paternalistischeres als das moderne Sozialversicherungsprogramm. Es sagt Erwachsenen, die sich mit Sicherheit ein Recht auf Würde verdient haben, dass sie die Unterstützung des Staates für die Altersvorsorge brauchen, da sie nicht in der Lage waren, während ihres Lebens genug zu sparen.

Sozialversicherungsprogramme sind keine Wohlfahrtsprogramme, und sie geben auch nicht vor, welche zu sein. Während Wohlfahrtsprogramme traditionell für einen spezifischen Zweck bestimmt sind, sagen Sozialversicherungsprogramme einen bestimmten Zweck voraus und erzwingen ihn geradezu. Sie suggerieren den Menschen, dass sie nicht in der Lage sind, für ihre eigene Zukunft vorzusorgen. Das ist so, da die Regierung auf jeden Fall (und nicht *falls* solch eine Situation eintritt) da sein wird, um sie zu retten.

Statistiken, die über den Erfolg oder Misserfolg eines solchen Programms Auskunft geben sind irrelevant, denn jeder, der die New York Times oder das Wall Street Journal liest, sieht, dass es sich um einen Misserfolg handelt. Man sollte auch in Betracht ziehen, dass 92% der Amerikaner glauben, dass das System in Schwierigkeiten steckt, während nur 5% glauben, es sei ein Erfolg. Selbst wenn die staatliche Sozialversicherung in der Lage wäre, in den nächsten zweitausend Jahren zu funktionieren und wir nie wieder von einer so genannten „Krise“ sprächen, wäre das Programm innerlich defekt. Und zwar deshalb, weil es davon ausgeht, dass der Einzelne unfähig ist, Herr seiner eigenen Finanzen zu sein.

Es mag deren Anhänger überraschen, dass die Menschen vor den Zeiten der staatlichen Sozialversicherung in der Lage waren, mit ihren Finanzen umzugehen. Nachforschungen zufolge sind die Menschen auch vor 1935 (dem Jahr, in dem die staatliche Sozialversicherung eingeführt wurde) in Rente gegangen. Tatsächlich haben die USA eine lange Geschichte steigender Lebensstandards, ganz besonders gegen Ende des 19. Jhs., lange bevor die staatliche Sozialversicherung existierte.

Es ist an der Zeit, dass die Amerikaner aufhören, sich vor der Selbstverantwortung zu fürchten und damit beginnen, persönliche Verantwortung für ihre Finanzen zu übernehmen. Es ist auch an der Zeit, dass die

Regierung damit aufhört, den Bürgern zu suggerieren, dass sie, auf sich selbst gestellt, nicht überleben würden.

QUELLE 3

Französische Proteste ziehen im ganzen Land große Menschenmengen an

Von Thomas Fuller, International Herald Tribune
Mittwoch, 5 Oktober 2005

Paris. Am Dienstag haben Hunderttausende von Demonstranten in ganz Frankreich auf 150 Antiregierungsmärschen gegen Privatisierung, stagnierende Löhne und ein Gesetz protestiert, dass es kleinen Unternehmen einfacher macht, Angestellte zu entlassen.
(...)
Didier Ringot, 38 Jahre, ein Programmierer bei Alcatel, der französischen Telekommunikationsgesellschaft, sagt, er protestiere gegen die „lächerlichen“ Gehaltserhöhungen von 3 Prozent, die er und seine Kollegen dieses Jahr erhalten haben, nachdem es in den letzten Jahren überhaupt keine Erhöhung gab…„Wenn man dies mit den Gewinnen vergleicht, die Alcatel erzielt“, sagt er, „dann kann man sehen, dass sie die Mittel dazu verfügbar haben.“

Die Demonstrationen kamen zu einer Zeit intensiven Nachdenkens über Frankreichs anhaltend hohe Arbeitslosenzahlen und über die Zukunft der relativ großzügigen Sozialversicherungsprogramme.

Frankreich feiert in dieser Woche das 60-jährige Bestehen der allgemeinen Krankenversicherung. Pessimistische Kommentatoren weisen jedoch auf die jährlichen Defizite der Kranken- und Arbeitslosenversicherungen hin und warnen vor dem Ende des „etat providence“(Fürsorgestaat), wo der Staat quasi als göttlicher Wohltäter auftritt.

72 Prozent der Franzosen gaben in einer am Wochenende erstellten Meinungsumfrage an, dass die Streiks und Demonstrationen gerechtfertigt seien. Diese große Unterstützung ist an sich nicht sehr überraschend in einem Land, wo Protestmärsche vielen als ein normales Mittel gelten, um seine Meinung kundzutun.

QUELLE 4

Der Wunsch nach Stabilität treibt Französische Proteste voran

Von Henri Astier
BBC News website, Paris
(...)
Der Grund für die jüngste Welle von Demonstrationen ist ein Plan der Regierung, den Kündigungsschutz zu reduzieren, danach können die Arbeitgeber junge Angestellte während einer Zeit von zwei Jahren fristlos entlassen.

Dies ist absolut inakzeptabel für eine Generation, die sich von der Welt gesicherter Arbeitsplätze ausgeschlossen fühlt.

Das Glück , eine Stelle zu haben

Sehen wir uns einmal die Geschichte an von Chaouki Aroua, einem 24 Jahre alten Wirtschaftsabsolventen von Bondy, nördlich von Paris. „Ich habe die Universität vor fast zwei Jahren abgeschlossen, und ich suche immer noch eine akzeptable Stelle“, sagt er. „ Ich könnte wahrscheinlich in einer Seifenfabrik oder einer Reifenwerkstatt arbeiten, aber dafür habe ich nicht vier Jahre lang studiert. Da bin ich lieber eine Putzkraft.“

Das ist genau die Arbeit, die er gerade macht. Wenn er abends nach dem Putzen der Metrostationen in die Wohnung seiner Eltern zurückkehrt – eine eigene Wohnung kann er sich nicht leisten -, sucht er im Internet

nach Stellen. „Es gibt nur sehr wenige Stellen. Und ich bin am Ende der Schlange, da ich keine relevante Arbeitserfahrung vorweisen kann.“

Aus Verzweiflung hat er sich um eine Stelle als Lokomotivführer beworben. Er hat seinen Uniabschluss verschwiegen, um nicht als überqualifiziert eingestuft zu werden. „Ich nehme die Stelle, wenn ich sie bekomme. Ich habe keine Wahl.“ Chaouki hat noch Glück, immerhin hat er Arbeit.
(...)

Die Sehnsucht nach Sicherheit

Es gibt viele und komplexe Gründe für die Stellenknappheit. Herrn Torres meint, es liegt unter anderem daran, dass sich das Universitätssystem nicht nach der Realität der Arbeitswelt ausrichtet. „Es ist ganz typisch, dass junge Franzosen die Uni nach vier oder fünf Jahren abschließen und keinerlei Arbeitserfahrung vorweisen können“, meint er. Außerdem zögern die Arbeitgeber, jemanden einzustellen, da es sehr schwierig ist, Angestellte wieder zu entlassen. „Die rechtliche Unsicherheit bei Entlassungen, ist eine Hauptquelle der Inflexibilität, was Stellen angeht. Dies mag auch eine Erklärung dafür sein, warum Arbeitgeber nur sehr ungern langfristige Arbeitsverträge aufsetzen“, fügt er hinzu.

Was auch immer der Grund sein mag, das Ergebnis ist, dass junge Franzosen vor allem eine sichere Anstellung wollen. 75% geben an, dass sie Beamte werden wollen. Dies erklärt ihre Opposition Regierungsplänen gegenüber, die das Ziel haben, den Arbeitsmarkt durchlässiger zu machen.

Angst vor der Zukunft

Einige französische Studenten haben jedoch nicht solch eine düstere Vision, was die Arbeitsstellenflexibilität angeht.

Renaud, 26 Jahre, wurde direkt nach der Uni als Teil eines Programms eingestellt, ähnlich dem des CPE, das letztes Jahr eingeführt wurde, ohne dass irgendwelche Proteste ausgelöst wurden. Dieses Programm betrifft Firmen mit weniger als 20 Angestellten. Renaud arbeitet nun bei einer kleinen Finanzberatungsfirma. „Ich bin für flexible Arbeitsverträge“, sagt Renaud. „Das gibt dem Arbeitgeber die Möglichkeit, jemanden ohne Arbeitserfahrung einzustellen, ohne sich langfristig festzulegen. Ich lebe lieber in einer Welt, in der ich innerhalb von zwei Wochen gefeuert werde, in der ich aber schnell wieder eine neue Stelle finden kann, anstatt in einer Welt, in der man eine lebenslange Stelle hat, in der es aber auch fünf Jahre dauert, eine neue Stelle zu finden, wenn ich entlassen werde.“

Renaud, der einen Magister in Betriebswirtschaft hat und vor Selbstvertrauen strotzt, ist jedoch Teil einer kleinen Minderheit innerhalb der französischen Studenten.

QUELLE 5

Peugeot-Citroen Verkaufszahlen um 2,4% gestiegen im ersten Quartal

28. April 2006

Frankreichs zweitgrößter Autohersteller, PSA Peugeot Citroen, verzeichnete am Donnerstag einen Anstieg der Verkaufszahlen um 2,4% im ersten Quartal, ein wenig unter den Erwartungen der Analysten.

Die Gruppe, die in diesem Monat die Schließung der Produktionsstätte im britischen Ryton angekündigt hat, verzeichnete Verkäufe in Höhe von 13.963.000 Euro.

Der Leiter der Finanzabteilung, Yann Delabriere, sagte, die Gruppe würde ihre Gewinnspanne für die erste Hälfte von 2006 auf einem ähnlichen Niveau halten, wie in der zweiten Hälfte von 2005, mit einer Verbesserung im zweiten Halbjahr.

„Wir glauben, dass die Zahlen für das erste Quartal von 2006 recht gut sind. D.h., wir werden unseren Kurs beibehalten und erwarten, dass die Spanne des ersten Halbjahres von 2006 ähnlich der des zweiten Halbjahres von 2005 sein wird“, sagte er.

Die Gewinnspanne betrug im zweiten Halbjahr 2005 2,8%.

Im Februar kündigte das Unternehmen einen weiteren Abfall der Gewinnspanne für die erste Hälfte von 2006 an aufgrund von erhöhten Kosten im Bereich der Rohmaterialen und der neuen Emissionsregelungen in der EU.
In der ersten Hälfte von 2005 lag die Gewinnspanne bei 4,1%.

QUELLE 6

Auszüge aus ***„Ist der Markt unsozial?“***
von Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Schönhauser Gespräche, 29./30. November 2005, Berlin, S. 30 – 35.

Wir sagen: Der Mensch ist mehr als eine Kostenstelle, er hat Würde. Das schließt keineswegs aus, dass es Zusammenschlüsse von Menschen gibt, die ein Unternehmen führen und Gewinne erzielen wollen. Das gehört dazu.

Die entscheidende Frage lautet: Was geschieht mit dem Gewinn? Wohin geht er? …

Entscheidend ist auch die Frage, was mit einem solchen Unternehmensgewinn geschieht, ob er investiert wird oder ob man bis nach der Wahl wartet, um anschließend einen Personalabbau anzukündigen, der bei Großkonzernen Hunderttausend Menschen betreffen kann.

QUELLE 7

Auszüge aus ***„Ethik und Marktwirtschaft – tatsächlich Gegensätze?“***
von: Karl Homan, Ludwig-Maximilians-Universität München, in: Schönhauser Gespräche, 29./30. November 2005, Berlin, S. 22 – 28.

Der öffentliche Diskurs geht oft von einem Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Ethik aus… Entweder kommt der Ethik der Primat zu, dann müssen wir Effizienz, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand im weiteren Sinne opfern; oder wir sprechen der Marktwirtschaft und ihren Funktionsimperativen den Primat zu, dann müssen wir Solidarität, Humanität, kurz die Ethik opfern.
(...)
Die Demarkationslinie zwischen unsittlichem und sittlichem Handeln verläuft nicht zwischen Egoismus = unsittlich und Altruismus = sittlich, sondern (zwischen) einem individuellen Vorteils – bzw. Gewinnstreben auf Kosten anderer und einem Vorteils- bzw. Gewinnstreben, bei dem die anderen an den Vorteilen partizipieren… Wird der Wettbewerb als ungeregelter „Kampf aller gegen alle“ aufgefasst, dann führt er zu einem Zustand, in dem „das Leben des Menschen einsam, arm, eklig, brutal und kurz“ ist (Thomas Hobbes).
(...)
(*Bei wirtschaftlichen Interaktionen sind Regeln wichtig*.) Nur so entsteht die für die Interaktionen erforderliche Verlässlichkeit wechselseitiger Verhaltenserwartungen. (*Basieren diese Regeln jedoch auf ethischen Grundlagen?*)

QUELLE 8

Karl Marx, Ö*konomische und Philosophische Manuskripte,* 1844

Der Arbeiter wird ärmer, je mehr Reichtum er produziert, je mehr seine Produktion in Kraft und Umfang zunimmt. Der Arbeiter wird eine umso billigere Ware, je mehr Waren er herstellt. Der *zunehmende Wert* der Welt der Dinge steht in direktem Verhältnis zu der *Abnahme des Wertes* der Welt des Menschen. Arbeit produziert nicht nur Waren; sie produziert sich selber und den Arbeiter *als eine Ware* – und sie tut das im gleichen Verhältnis, wie es Waren im Allgemeinen produziert.